

Niederschrift

über die 08. Sitzung der Gemeindevertretung am 05. Februar 2020 im Sitzungszimmer der Nordstrand Tourismus, Schulweg 4, 25845 Nordstrand

Beginn der Sitzung: 20.00 Uhr

Ende der Sitzung: 22.20 Uhr

Anwesend:

1. Bürgermeisterin Ruth Hartwig-Kruse
2. Gemeindevertreter Gerd Asmussen
3. Gemeindevertreter Jörg Bahnsen
4. Gemeindevertreter Heiko Reinhold
5. Gemeindevertreter Thorsten Wilcke
6. Gemeindevertreter Dirk Peters
7. Gemeindevertreter Detlef Witt
8. Gemeindevertreterin Michaela Flauger
9. Gemeindevertreterin Karla Bruns
10. Gemeindevertreter Henning Krüger
11. Gemeindevertreter Franz Josef Baudewig
12. Gemeindevertreter Werner Peter Paulsen
13. Gemeindevertreter Guido Schmitz

Entschuldigt fehlen:

Gemeindevertreter Claus Colpien

Gemeindevertreter Bastian Baudewig

Von der Verwaltung sind anwesend:

Thomas Magnussen, Protokollführer

Christina Berndt, Ing.-Büro OLAF, Wester-Ohrstedt

Gäste:

Mattes Maart, Vertreter in der Verbandsversammlung Zweckverband „Anlegestelle Struckl.“

Oliver Hansen, bürgerliches Ausschussmitglied

Heinke Jürs, bürgerliches Ausschussmitglied

Sönke Thormählen, bürgerliches Ausschussmitglied

Bernd Müller, Delegierter beim Wasserverband Nord

Peter Schroeder, Gemeindeführer Nordstrand

Sabine Voiges, Husumer Nachrichten

sowie ca. 15 Zuhörer/innen

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung durch die Bürgermeisterin und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
 - a. Dringlichkeitsanträge
 - b. Beschlussfassung über evtl. Nicht-Öffentlichkeit einzelner Tagesordnungspunkte
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 7. Sitzung am 03.12.2019
4. Abschließender Beschluss über die 21. Änderung des gemeinsamen Flächennutzungsplanes der Gemeinden Nordstrand und Elisabeth-Sophien-Koog für das Gebiet südlich der „Hörnstraße“, westlich der Straße „Westen“ und westlich und östlich der Straßen „Püttenweg“ (Fuhlehörn)

5. Satzungsbeschluss über den Bebauungsplan Nr. 22 für das Gebiet südlich der „Hörnstraße“, westlich der Straße „Westen“ und westlich und östlich der Straße „Püttenweg“ (Fuhlehörn)
6. Einwohnerfragestunde
7. Bericht der Bürgermeisterin
8. Bericht der Ausschüsse und Delegierten
9. Anfragen aus der Gemeindevertretung
10. Beratung und Beschlussfassung zum Haushalt 2018 des Simultanfriedhofes Odenbüll
11. Beratung und Beschlussfassung über einen Antrag an die Wasserverbände
12. Beratung und Beschlussfassung über die Umwandlung der Kinderbetreuung zum Kinderhort
13. Beratung und Beschlussfassung über die Auftragsvergabe für die Sanierung und den Umbau der ehemaligen Kinderbetreuung zum Kinderhort
14. Beratung und Beschlussfassung über die Konzepterstellung für die Vergabe für die Sanierung der Lüftungsanlage der Sporthalle
15. Personalangelegenheiten

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung durch die Bürgermeisterin und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeisterin Ruth Hartwig-Kruse eröffnet die Sitzung der Gemeindevertretung und begrüßt die Anwesenden. Gegen Form und Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

2. Feststellung der Tagesordnung

a. Dringlichkeitsanträge

Bürgermeisterin Hartwig-Kruse beantragt, den bisherigen Tagesordnungspunkt 10 „Beratung über Grundwasserangelegenheiten“ zu streichen und durch den neuen TOP 10 „Beratung und Beschlussfassung zum Haushalt 2018 des Simultanfriedhofes Odenbüll“ zu ersetzen. Des Weiteren schlägt sie vor die Tagesordnung um die Punkte 12 „Beratung und Beschlussfassung über die Umwandlung der Kinderbetreuung zum Kinderhort“, 13 „Beratung und Beschlussfassung über die Auftragsvergabe für die Sanierung und den Umbau der ehemaligen Kinderbetreuung zum Kinderhort“ und 14 „Beratung und Beschlussfassung über die Konzepterstellung für die Sanierung der Lüftungsanlage der Sporthalle“. Der Tagesordnungspunkt „Personalangelegenheiten“ verschiebt sich entsprechend.

b. Beschlussfassung über evtl. Nicht-Öffentlichkeit einzelner Tagesordnungspunkte

Die Gemeindevertretung beschließt einstimmig den Tagesordnungspunkt 15 „Personalangelegenheiten“ in nicht-öffentlicher Sitzung zu beraten und zu beschließen, da Belange Einzelner betroffen sind.

3. Beschlussfassung über evtl. Einwendungen gegen die Niederschrift über die 7. Sitzung am 03.12.2019

Die Niederschrift über die Sitzung am 03. Dezember 2019 wird in der vorliegenden Form ohne Änderungswünsche festgestellt.

4. Abschließender Beschluss über die 21. Änderung des gemeinsamen Flächennutzungsplanes der Gemeinden Nordstrand und Elisabeth-Sophien-Koog für das Gebiet südlich der „Hörnstraße“, westlich der Straße „Westen“ und westlich und östlich der Straße „Püttenweg“ (Fuhlehörn)

I. Sachverhalt

Die Auslegung fand vom 12.11 bis 12.12.2019 statt. Das Planungsbüro OLAF hat die eingegangenen Stellungnahmen geprüft und einen Abwägungsvorschlag aufgestellt.

II. Empfehlung/Beschlussfassung

1. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfs der 21. Änderung des gemeinsamen Flächennutzungsplanes der Gemeinden Nordstrand und Elisabeth-Sophien-Koog abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat die Gemeindevertretung geprüft und wie in den der Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Abwägungsvorschlägen beschlossen.

Das Planungsbüro wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen. Die nicht berücksichtigten Stellungnahmen sind bei der Vorlage des Planes zur Genehmigung mit einer Stellungnahme beizufügen.

2. Die Gemeindevertretung beschließt die 21. Änderung des gemeinsamen Flächennutzungsplanes der Gemeinden Nordstrand und Elisabeth-Sophien-Koog.

3. Die Begründung wird gebilligt.

4. Die Amtsvorsteherin wird beauftragt, die 21. Änderung des gemeinsamen Flächennutzungsplanes der Gemeinden Nordstrand und Elisabeth-Sophien zur Genehmigung vorzulegen und danach die Erteilung der Genehmigung nach § 6 Abs. 5 BauGB ortsüblich bekanntzumachen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit der Begründung und der zusammenfassenden Erklärung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt des Planes Auskunft verlangt werden kann. Zusätzlich ist in der Bekanntmachung anzugeben, dass der wirksame Flächennutzungsplan und die zusammenfassende Erklärung ins Internet unter der Adresse www.amt-nordsee-treene.de eingestellt ist und über den Digitalen Atlas Nord des Landes Schleswig-Holstein zugänglich ist.

Bemerkung: Aufgrund des § 22 Gemeindeordnung waren keine Gemeindevertreter/innen von der Beratung und Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. Satzungsbeschluss über den Bebauungsplan Nr. 22 für das Gebiet südlich der „Hörnstraße“, westlich der Straße „Westen“ und westlich und östlich der Straße „Püttenweg“ (Fuhlehörn)

I. Sachverhalt

Siehe abschließender Beschluss der 21. Änderung des Flächennutzungsplanes. Die Abwägungstabelle mit den eingegangenen Stellungnahmen ist den Gemeindevertreter/innen als Sitzungsvorlage zugegangen.

II. Empfehlung/Beschlussfassung

1. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfs des Bebauungsplanes Nr. 22 abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat die Gemeindevertretung geprüft und wie in den der Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Abwägungsvorschlägen beschlossen.

Das Büro OLAF wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

2. Aufgrund des § 10 Baugesetzbuch beschließt die Gemeindevertretung den Bebauungsplan Nr. 22 für das Gebiet südlich der „Hörnstraße“, westlich der Straße „Westen“ und westlich und östlich der Straße „Püttenweg“ (Fuhlehörn), bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) als Satzung.

3. Die Begründung wird gebilligt.

4. Der Beschluss des Bebauungsplanes durch die Gemeindevertretung ist nach § 10 Baugesetzbuch ortsüblich bekanntzumachen (erst nach Genehmigung des Flächennutzungsplanes). In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit Begründung und zusammenfassender Erklärung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann. Zusätzlich ist in der Bekanntmachung anzugeben, dass der rechtskräftige Bebauungsplan und die zusammenfassende Erklärung ins Internet unter der Adresse „ww.amt-nordsee-treene.de“ eingestellt ist und über den Digitalen Atlas Nord des Landes Schleswig-Holstein zugänglich ist.

Bemerkung: Aufgrund des § 22 Gemeindeordnung waren keine Gemeindevertreter/innen von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner fragt, ob die Ausgleichsmaßnahme im Rahmen der beschlossenen Planung im Bereich „Fuhlehörn“ vor Ort hätte erfolgen sollen.

Bürgermeisterin Hartwig-Kruse antwortet, dass in dieser Angelegenheit kurzfristig entschieden werden musste, so dass die vom Einwohner angesprochene Variante nicht möglich war.

7. Bericht der Bürgermeisterin

- Bezüglich des **Breitbandausbaus** liegen 2 Bewerbungen vor. Die Vergabe erfolgt Anfang März. In einer Informationsveranstaltung Mitte März werden die Nordstrander/innen über das weitere Verfahren informiert.
- In der **Herrendeichschule** ist die WC-Anlage defekt. Das Abwasser läuft ins Oberflächenwasser. Für die Reparatur sind umfangreiche Baggerarbeiten notwendig.
- Die Baumaßnahmen in der **Herrendeichschule** führen dazu, dass zeitweise nicht genug Unterrichtsräumlichkeiten zur Verfügung stehen. Zu diesem Zweck wurden nunmehr 2 „Unterrichtcontainer“ geordert.
- Am 18. Januar wurde der Anbau an das **Feuerwehrgerätehaus** feierlich an die Freiwillige Feuerwehr Nordstrand übergeben.
- Weitere zeitnahe Termine in der Gemeinde Nordstrand:
 - 14. März Müllsammelaktion
 - 06. Mai Seniorenfahrt nach Rendsburg
 - 09. Mai Seniorenfahrt auf Nordstrand

16. Mai Tag der Vereine

8. Bericht der Ausschüsse und Delegierten

Thorsten Wilcke berichtet von der Sitzung des **Facharbeitskreises der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft RadSH** am 16. Januar. Momentan laufe eine Aktion unter dem Motto „Abstand halten“. Werner Peter Paulsen weist darauf hin, dass die Planungen für einen Radweg entlang der Tegelistraat bereits vor Jahren abgeschlossen wurden und auf dieser Grundlage nur noch eine Finanzierung und Umsetzung erfolgen müsste.

9. Anfragen aus der Gemeindevertretung

- Auf Nachfrage von Thorsten Wilcke teilt Bürgermeisterin Hartwig-Kruse mit, dass die Amtsverwaltung auf Grund der neuen Rechtslage entsprechend eine neue **Zweitwohnungssteuersatzung** erarbeiten und der Gemeinde vorlegen wird.
- Heiko Reinhold erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand bzgl. der **Berghof-Dyrssen-Stiftung**. Ruth Hartwig-Kruse teilt mit, dass der Stiftungsrat regelmäßig tagt und dabei ist, den Nachlass aufzuarbeiten.
- Werner Peter Paulsen beantragt im Namen der CDU-Fraktion, dass zukünftig nach 22.30 Uhr in der Gemeindevertretung kein neuer Tagesordnungspunkt mehr aufgerufen werden soll und noch nicht abgearbeitete **Tagesordnungspunkte** ggf. vertagt werden sollen. Die Gemeindevertretung stimmt diesem Vorschlag einstimmig zu.

10. Beratung und Beschlussfassung zum Haushalt 2018 des Simultanfriedhofes Odenbüll

Jörg Bahnsen teilt mit, dass die Jahresrechnung des Haushaltsjahres 2018 des Simultanfriedhofes Odenbüll ein Defizit in Höhe von 44.824,00 Euro ausweise. Das Defizit beruht in erster Linie auf 2 notwendige Investitionsmaßnahmen in dem Haushaltsjahr. So war eine Sanierung der Wege nötig, die ca. 24.000 Euro an Kosten verursachte. Des Weiteren wurde ein Urnenbeisetzungsfeld für ca. 17.000 Euro eingerichtet. Der Anteil der Defizitabdeckung für die Gemeinde Nordstrand beläuft sich auf 97%, was einem Betrag von 43.479,28 Euro entspricht. Für 2019 und 2020 wird mit einem Defizit von ca. 39.900 Euro bzw. ca. 40.500 Euro gerechnet.

Nach kurzer Diskussion beschließt die Gemeindevertretung mit **12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung** den Gemeindeanteil am Defizit des Simultanfriedhofes in Höhe von 43.479,28 Euro Odenbüll auszugleichen.

11. Beratung und Beschlussfassung über einen Antrag an die Wasserverbände

Der Gemeindevertretung liegt ein Antrag der SPD-Fraktion zur Beschlussfassung vor, der die Wasserverbände Treene und Nord zur Offenlegung der Nitratwerte im Rohwasser aller Brunnen auffordert.

Henning Krüger erläutert den Antrag und berichtet von seinen Bemühungen auf Offenlegung der Werte im Rahmen von Gesprächen mit Herrn Hensche, die sehr freundlich aber erfolglos waren, da die Werte nur mit Genehmigung von Herrn Thiesen freigegeben werden dürfen. Dieser hatte die Freigabe aber untersagt. Den Geschäftsführer des Wasserverbandes Treene, Herrn Thiesen, hat er leider nicht erreicht, da er in Urlaub war. Um nun an diese Werte zu kommen, hat die SPD-Fraktion

diesen Antrag gestellt Bei der Offenlegung geht es nicht um eine Bewertung der Ergebnisse, sondern ausschließlich um Transparenz.

Detlef Witt unterstützt im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag auf Offenlegung der Nitrat-Werte.

Werner Peter Paulsen, Vorstandsvorsteher des Wasserverbandes Treene, betont, dass sämtliche Messwerte bzgl. des Nitratgehaltes an den Förderbrunnen, welche für die Beurteilung der Qualität des an die Bevölkerung abgegebenen Trinkwassers relevant sind, in Ordnung sind. Die Werte liegen bei 0, da durch die Beschaffenheit des Bodens, mit zwei für Nitrat undurchlässige Tonschichten, es nur schwer möglich ist, dass Nitrat ins Trinkwasser gelangt.

Henning Krüger betont, dass er nicht nur die Messwerte an den Förderbrunnen einsehen möchte sondern auch die der übrigen Messstellen. Er verweist hierbei insbesondere auf den Messbrunnen Sandesberg.

Werner Peter Paulsen entgegnet, dass die Messstelle Sandesberg keine Bedeutung für den Nitratgehalt des abgegebenen Trinkwassers hat. Herr Paulsen sagt aber abschließend zu, dem Wunsch auf Offenlegung aller Nitrat-Werte an sämtlichen Messstellen nachzukommen.

Die Gemeindevertretung beschließt mit **12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung** den Antrag auf Offenlegung aller Messwerte, speziell von Nitrat im Rohwasser aller und Messstellen der Wasserverbände Treene, Wittbek, und Nord, Oeversee.

12. Beratung und Beschlussfassung über die Umwandlung der Kinderbetreuung zum Kinderhort

Karla Bruns berichtet, dass eine Umwandlung der Kinderbetreuung in einen Kinderhort eine Erweiterung der Öffnungszeiten auf 07.00 Uhr bis 16.00 Uhr einschließen wird. Dieses wird auch so von den Eltern gewünscht. Die Umwandlung erfolgt unter Begleitung des Ev. Kitawerkes.

Bürgermeisterin Hartwig-Kruse ergänzt, dass der jetzige Zustand nicht rechtskonform ist, da die Anzahl der Kinder, im Verhältnis zu den vorhandenen Räumlichkeiten, zu groß ist.

Nach kurzer Diskussion beschließt die Gemeindevertretung mit **12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung** die Umwandlung der Kinderbetreuung in einen Kinderhort.

13. Beratung und Beschlussfassung über die Auftragsvergabe für die Sanierung und den Umbau der ehemaligen Kinderbetreuung zum Kinderhort

Bürgermeisterin Hartwig-Kruse berichtet, dass die Kosten für die Sanierung und den Umbau der Räumlichkeit für den zukünftigen Kinderhort auf 179.972,07 Euro geschätzt werden. Eine Sonderbedarfszuweisung wurde beantragt. Die Ausschreibung der auszuführenden Leistungen bzw. Submission erfolgt in der 11. Kalenderwoche. Im Vorwege sind die Gebäudeplanungsleistungen und die Planungsleistungen für die technische Gebäudeausrüstung TGA zu vergeben.

Die Gemeindevertretung beschließt **einstimmig**, die Gebäudeplanungsleistungen an das Planungsbüro JF Architekten und Stadtplaner Johannsen, Fuchs und Dycker PartGmbH und die Planungsleistungen für die technische Gebäudeausrüstung an das Ingenieurbüro Steffen Altnöder zu vergeben.

14. Beratung und Beschlussfassung über die Konzepterstellung für die Sanierung der Lüftungsanlage der Sporthalle

Bürgermeisterin Hartwig-Kruse teilt mit, dass der TÜV den weiteren Betrieb der Lüftungsanlage untersagt hat. Bis zur zeitnahen Sanierung der Anlage kann diese aber weiterbetrieben werden. Die Maßnahme ist somit zwingend erforderlich.

Die Gemeindevertretung beschließt mit **12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung**, dass die Maßnahme umgesetzt werden soll, die Haushaltsmittel im Nachtragshaushalt bereitgestellt werden sollen und die Planungsleistungen für die technische Gebäudeausrüstung TGA an das Ingenieurbüro Steffen Altnöder vergeben werden.

Die Öffentlichkeit wird auf Beschluss der Gemeindevertretung ausgeschlossen, da überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder berechnigte Interessen Einzelner dies erfordern. Die Gäste verlassen den Raum.

Nicht öffentlich:

15. Personalangelegenheiten

Bürgermeisterin Hartwig-Kruse stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt die in nicht-öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse soweit wie möglich bekannt.

Bürgermeisterin Hartwig-Kruse schließt die Sitzung und bedankt sich bei den Anwesenden für die konstruktive Mitarbeit.

Bürgermeisterin

Protokollführer